

**Rede des Landesvorsitzenden Ulf Küch vom Bunde Deutscher
Kriminalbeamter anlässlich des Landesdelegiertentages am 13.6.2013 in
Soltau – es gilt das gesprochene Wort)**

Anrede!

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter hat sich seit Jahren mit dem Thema „Straftaten z.N. älterer Menschen“ befasst und dies insgesamt für das Jahr 2013 bundesweit in den Focus gestellt.

So war es nur die logische Konsequenz, dass dies auch Thema unseres Landesdelegiertentages wurde und ich begrüße Sie daher noch einmal ausdrücklich als unsere Gäste in Soltau und freue mich, dass so viele unserer Einladung gefolgt sind.

Ich möchte Sie jetzt nachfolgend an und in das Thema bringen, um darzustellen, was uns vom BDK dazu veranlasst hat, dieses Phänomen im Jahr 2013 erneut in die öffentliche Diskussion zu tragen und wie sich unsere Vorstellungen hier mit einer Kriminalpolizei des Jahres 2030 in Einklang bringen lassen.

Die Realität des Kriminalitätsgeschehens in Deutschland zeigt, dass mittlerweile häufig bandenmäßig sehr gut organisierte Täter, aus zumeist osteuropäischen Nachbarländern, in den Seniorinnen und Senioren unserer westeuropäischen Gesellschaft und bevorzugt in Deutschland, leichte Opfer ausgemacht haben.

Diese Straftaten sind damit von vornherein so ausgelegt, dass insbesondere altersbedingte Handicaps bei den Opfern ausgenutzt werden.

In diesem Zusammenhang fordert der BDK schon lange empfindliche Strafverschärfungen bei den Taten, wo Täter die besondere Hilflosigkeit – ich denke da insbesondere an körperlich stark eingeschränkte Menschen, aber auch ganz besonders an Seniorinnen und Senioren die unter Demenz oder Alzheimer leiden, bzw. aufgrund ihres altersbedingten physischen und psychischen Allgemeinzustandes den Tätern absolut nichts entgegnen zu bringen in der Lage sind.

Auf der örtlichen Täterebene finden wir da an erster Stelle den Handtaschenraub mit zum Teil dramatischen Folgen für die zumeist weiblichen Opfer. Schwere Stürze mit unabsehbaren Folgen sind häufig das Ergebnis. Danach trauen sich viele dieser Seniorinnen kaum noch auf die Straße; es beginnt eine schleichende Isolation.

Aber gerade auch Einbrüche, Trickdiebstähle, sogenannte Einschleichdiebstähle mittels des Wassertricks, Wechseldiebstähle, Abzocke an Geldautomaten, - die Liste ist mittlerweile unendlich, die Folgen für die Seniorinnen und Senioren aber mitunter fatal.

Daneben werden ältere Menschen nach wie vor trotz gesetzlicher Regelungen noch Opfer von Telefonabzockern, die geschickt die vom Gesetzgeber fahrlässig eröffneten Lücken nutzen und somit ihre Geschäfte relativ legal weiter betreiben.

So schwatzt man Ihnen am Telefon unsinnige Abonnements, Bausparverträge oder Lebensversicherungen auf. Vorher stellt man aber noch eine Frage, die in der Regel von dem vollkommen arglosen Opfer mit „Ja!“ beantwortet. Damit ist ein Teil des gesetzlichen Schutzes schon aufgehoben. Ebenso ködert man die Seniorinnen und Senioren zur Teilnahme an letztlich kostenpflichtigen Gewinnspielen zu stattlichen Preisen aber so gut wie keinen Gegenleistungen. Nach wie vor existiert eine von den Strafverfolgungsbehörden weitestgehend ungeschoren gelassene Abzockindustrie mit den allseits bekannten Kaffeefahrten. Hier verkauft man dann an die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger Schnickschnack zu vollkommen überhöhten Preisen.

Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, alles wie dargelegt in einer Grauzone der Legalität. Am Ende steht das in der Regel zum Teil schon sehr alte Opfer und kann sich kaum wehren.

Der BDK vermutet sicher nicht zu Unrecht, dass Hunderttausende von Seniorinnen und Senioren monatlich von ihren Konten Abbuchungen erfahren, die ihren Hintergrund in diesen noch „legalen Betrügereien“ haben.

Und so manch böse Überraschung erwartet die Erbinnen und Erben bei der Testamentseröffnung.

Anrede!

Für uns Kriminalisten ist es eine insgesamt schlimme Entwicklung. Wir geraten mit der Bekämpfung dieser Phänomene mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln und Möglichkeiten mittlerweile leider an die Grenzen des Machbaren.

Und die bundesdeutsche Rechtspolitik tut ihr Übriges hinzu. Immer noch ungeklärt ist die Frage der Vorratsdatenspeicherung, die gerade in diesem Kriminalitätsfeld für die Aufklärung und Täteridentifizierung dringend erforderlich ist.

In der Regel werden die Delikte Wochen später erst bekannt und dann ist es zu spät, auf die Telekommunikationsdaten zurückzugreifen und die Täter zu ermitteln.

Dies ist jetzt seit Jahren bekannt, geschehen ist nichts, bis auf dass die Bundesrepublik mittlerweile drastische Strafen an die EU abführt, da die entsprechende Richtlinie immer noch nicht in Deutschland umgesetzt worden ist.

Erst vor einigen Wochen hat der Europäische Gerichtshof erneut festgestellt, dass die EU-Staaten verpflichtet sind, die Richtlinie 2006/24/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 15.3.2006 über die Vorratsspeicherung von Daten, die bei der Bereitstellung öffentlich zugänglicher elektronischer Kommunikationsdienste oder öffentlicher Kommunikationsnetze erzeugt oder verarbeitet werden, umzusetzen.

Im aktuellen Fall wurde Schweden zu einer Zahlung von 3 Millionen Euro verurteilt.

Aus diesem Grund hat der BDK auch dieses Thema für den Landesdeligiertentag 2013 gewählt und wir hoffen damit, den Anstoß für eine Diskussion anzutreten, die nach unserem Dafürhalten schon lange in unserer Gesellschaft überfällig ist.

Bereits im Januar 2013 wurde dieses Thema, quasi als Auftakt in das Jahr 2013, von unserem Bundesvorsitzenden Andre Schulz anlässlich der Berliner Sicherheitsgespräche in der Landesvertretung Niedersachsen einem breiten Publikum vorgestellt.

Denn demografische Entwicklungen forcieren diese Entwicklung. In Deutschland gibt es zukünftig immer mehr ältere Menschen. Die Bindungen an soziale Umfeldler nehmen aber gleichwohl dazu ab. Dass mehrere Generationen unter einem Dach wohnen, ist inzwischen die Ausnahme. Die Zunahme an Single-Haushalten hat eben auch mit diesem demografischen Wandel zu tun.

Gerade in Großstädten wie Berlin, Hamburg, München, Hannover oder Köln sind viele Rentnerinnen und Rentner sowie Pensionärinnen und Pensionäre auf sich allein gestellt.

Mittlerweile hat das auch die Politik erkannt. Im Demografiebericht der Bundesregierung gibt es endlich dafür ein eigenes Kapitel, das sich mit dem Thema Gewalt gegen Senioren beschäftigt.

Darin heißt es:

"Mit der Zunahme des Anteils älterer Menschen könnten diese als Opfergruppe künftig an Bedeutung gewinnen."

Wohl leider allzu wahr!!

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) empfiehlt richtigerweise in dem Bericht eine Zusammenarbeit von Polizei, den Kommunen, Gesundheits- und Pflegediensten sowie Verbraucherschützern und Fachleuten für Kriminalitätsprävention. Am Ende wird es darauf ankommen, dass sich jemand um die älteren Menschen kümmert. Das kann ein Familienmitglied sein. Das kann aber auch ein jüngerer Nachbar sein oder ein ambulanter Pflegedienst, der seine Aufgabe als umfassend versteht.

Dennoch werden immer mehr alte Menschen Opfer von Trickbetrügern. Die Zahl der Fälle hat nach Angaben des bayerischen Innenministers Joachim Herrmann, CSU, dramatisch zugenommen. Vor allem mit dem sogenannten "Enkeltrick" wurden bayerische Senioren schon um mehr als drei Millionen Euro geprellt. Das entspricht im Vergleich zum Vorjahr einer Verfünffachung der Schadenssumme. Beim Enkeltrick geben sich die Täter am Telefon als Enkel oder Neffen aus und bitten um die Herausgabe großer Summen Geld. "Oft werden die Opfer um die Ersparnisse ihres ganzen Lebens gebracht", schilderte der bayerische Innenminister die dahinter steckende Dramatik.

Wir Kriminalistinnen und Kriminalisten in Niedersachsen können diesen bundesweit und schlimmen Trend bestätigen.

Auch bei uns verdoppeln sich die Zahl der Straftaten und die Schadenssummen z. N. der älteren Menschen von Jahr zu Jahr. Die angerichteten Schäden an Leib und vor allem Seele nicht mit eingerechnet.

Anrede!

Und ich schaue mal weiter ins Land:

So registrierte die Polizei allein in Bayern von Januar bis November 2012 insgesamt 1618 Fälle, in denen der "Enkeltrick" versucht wurde. Im selben Zeitraum 2011 waren es nur 457 Fälle. Die Dunkelziffer nicht angezeigter Betrugsversuche dürfte laut des dortigen Innenministeriums weit darüber liegen. Bei immerhin etwa jedem vierten Versuch war der Anrufer erfolgreich.

Hinter den Betrügereien stecken nach den Erkenntnissen unserer bayerischen Kollegen vor allem gut organisierte Banden aus Osteuropa. Diese Feststellung ist auch in anderen Bundesländern zu bestätigen und gilt uneingeschränkt auch für Niedersachsen.

Und gerade die konspirative Arbeitsweise der Betrügerbanden ist eine besondere Herausforderung für die Kriminalpolizei und erfordert vor allem auch eine gut ausgebildete und organisierte Kripo.

Nach unseren kriminalpolizeilichen Erfahrungen ist das Vorgehen der Täter "an Dreistigkeit kaum zu überbieten". Die Betrüger wählen ihre potenziellen Opfer gezielt aus, indem sie Telefonbücher und das Internet nach seniorentypischen Vornamen durchsuchen, die vor allem auf alleinstehende ältere Frauen schließen lassen. Bei ihren Anrufen als vermeintliche "Enkel" bitten sie unter Vortäuschung einer Notlage oder einer einmaligen Gelegenheit um größere Mengen Bargeld, gelegentlich auch um Schmuck oder Wertgegenstände. Wenn möglich, durchforsteten die Betrüger im Internet auch das persönliche Umfeld ihrer Opfer. Zum Beispiel über die Facebook-Einträge der echten Enkel und kommen so an private Details, die das Misstrauen bei den Opfern häufig ausräumen.

Aber was geschieht bei der Polizei?

Vor dem Hintergrund des dramatischen Anstiegs der Fallzahlen verstärken wir reflexartig auch die Präventionsarbeit. Neben einer über die Medien verbreiteten Aufklärungskampagne und Vorträgen vor Senioren versuchen Präventionsteams, die Mitarbeiter von Banken, Seniorenstiften und Altentagesstätten für die Betrugsfälle zu sensibilisieren. Diese seien aufgerufen, immer dann gezielt nachzufragen, wenn Senioren überraschend große Geldbeträge von ihren Konten abheben wollten, denn häufig sind gerade "Bankangestellte" oft die Einzigen, die das Delikt noch stoppen können.

Aber diese Form der Prävention allein ist umstritten. Joachim Ludwig aus Köln hat Ihnen hierzu bereits die Augen zu öffnen versucht.

Und ein weiterer Aspekt führt die Prävention hier häufig ins Leere. Die Bankenskandale der vergangenen Jahre haben auch dazu geführt, dass Seniorinnen

und Senioren der Bank eben kein Vertrauen mehr entgegenbringen. Die Folge sind zum Teil horrend Summen an Bargeld in den Wohnungen.

Und das wissen die Täter sehr genau.

Alles in allem, so meinen wir vom Bund Deutscher Kriminalbeamter wird es daher Zeit, dieses Thema aufzugreifen und Reaktionen in der Gesellschaft, der Politik und der Justiz einzufordern.

Nicht zuletzt geht es um unsere Eltern, unsere Tanten und Onkels, und zuletzt, wenn ich mich hier so umsehe, in etwa 10 – 15 Jahren auch um uns selbst.

Wir fordern ein, dass unser Staat seinen Schutzauftrag hier in angemessener und verantwortungsbewusster Weise übernimmt und alles rechtsstaatlich Mögliche tut, um der anwachsenden älteren Generation den staatlichen Schutz angedeihen zu lassen, der erforderlich sein wird, damit ältere Menschen in unserer Gesellschaft in der Zukunft eben nicht weiterhin Opfer von derartigen Straftaten werden.

Dazu gehört auch eine schlagkräftige und gut ausgebildete Kriminalpolizei. In den wenigsten Bundesländern ist die aber noch vorhanden. Der permanenten Spezialisierung auf Seiten der kriminellen Banden wird viel zu häufig eine Einheitspolizeiausbildung entgegengesetzt. Hier ist dringend gegenzusteuern.

Der BDK hat hierzu seriöse und auch bezahlbare Vorschläge gemacht. Diese umzusetzen, um damit insgesamt in Deutschland eine schlagkräftige und effektive Kriminalpolizei zu schaffen ist jetzt Sache der Politik.

Das aber sehr geehrte Damen und Herren reicht sicherlich nicht aus, wenn wir in der Frage der Aus- und Fortbildung von Kriminalpolizei so weiter verfahren wie bisher.

Was wäre da nach Auffassung des BDK zu tun??

Das Berufsbild einer Kriminalbeamtin oder eines Kriminalbeamten wurde vor mittlerweile zwei Jahrhunderten geprägt.

Noch im auslaufenden 18. Jahrhundert waren die kommunalen Strukturen in der Regel geschlossene soziale Gemeinschaften. Ihr Schutz wurde durch die klassischen Stadtmauern gegen kriegerische und kriminelle Aktionen gewährleistet.

Mit Ende der napoleonischen Kriege begann sich das Bild zu verändern. Die zunehmende Anzahl der Bevölkerung in den großen Städten veränderte auch die Kriminalitätsform.

Daraus entstand die Notwendigkeit, den veränderten Aufbau von Verwaltungen und Polizeien in den damaligen Ländern Europas voranzutreiben.

Die Polizei übernahm vielfach die Rolle, die zuvor entweder das Militär oder städtische Bedienstete wahrgenommen hatten.

So entstanden in vielen deutschen Städten sogenannte Schutzmannschaften, die zwar grundsätzlich militärisch aufgestellt und strukturiert waren, sich aber zunehmend den Problemen der entstehenden „Zivilgesellschaften“ zu stellen hatten.

Mit dem Zuzug der Menschen vom Lande in die Städte entstand Kriminalität, die in Berlin Anfang 1810/1811 dazu führte, dass erste Polizisten in Zivil Ermittlungen anstellten, um gegen bestimmte Kriminalitätsformen erfolgreich antreten zu können.

In den folgenden Jahrzehnten, ja man kann ja mittlerweile sagen den zwei folgenden Jahrhunderten, formte sich ein vollkommen eigenständiger Bereich in der Polizei. Die sich immer weiter fortentwickelnde Kriminalpolizei wurde im Zuge des 19. Jahrhunderts durch die Entwicklungen im Bereich der Psychologie, der Kriminologie und der Kriminalistik ergänzt. So entstand mit Beginn des 20. Jahrhunderts in vielen Ländern eine Kriminalpolizei, die sich immer wieder den Anforderungen der jeweils gegenwärtigen Kriminalitätsformen erfolgreich anpasste.

Während sich also die Kriminellen immer weiter spezialisierten, begann in der Bundesrepublik Deutschland Ende der 80iger Jahre eine Entwicklung in der Polizeilandschaft, die entgegen der allgemeinen beruflichen Spezialisierung eine generalistische Ausbildung für die gesamte Polizei aufwies. Hintergrund war, dass die Kriminalpolizei immer wieder dem Vorwurf einer elitären Gruppe innerhalb der Polizeifamilie ausgesetzt wurde, obwohl auf der Arbeitsebene zwischen den klassischen Schutz- und Kriminalbeamtinnen und –beamten eigentlich nie derartige Konkurrenzen Probleme bereiteten.

Leider war es ausgerechnet Niedersachsen, welches sich hier maßgeblich daran beteiligte, die Kriminalpolizei alter Lesart abzuschaffen, eine Einheitsausbildung zu installieren und sämtliche internen Führungsstränge der Kripo damit zu kappen. Hier wurde sie leider vehement von einer großen Polizeigewerkschaft unterstützt, der die Kriminalpolizei als Fachabteilung innerhalb der Polizeifamilie immer schon ein Dorn im Auge war und ----- nach wie vor ist.

Mit einem Federstrich wurden alle Kripodienststellen aufgelöst oder integriert.

Die eigenständige Ausbildung des Nachwuchses, der zu einem Drittel in der Regel direkt über die Polizeischulen, bzw. später dann über die Fachhochschulen in die ermittelnden Bereiche kam, wurde abgeschafft.

Überleitungslehrgänge für die Kolleginnen und Kollegen der Schutzpolizei, die wir dringend in den Rudimenten der Kripodienststellen brauchten, gelangten häufig ohne eine strukturierte Aus- und Fortbildung in die Kripo und brauchten mitunter Jahre dafür, sich einarbeiten zu können.

Eine ähnliche Bewegung wurde dann leider auch in den meisten deutschen Bundesländern übernommen. Lediglich Hamburg, Hessen, Berlin und Schleswig-Holstein folgten diesem Irrweg nicht.

Aber selbst in unserem Nachbarland Österreich wurde in den 90iger Jahren dieser Kardinalsfehler begangen.

Seit 2 Jahren hat Österreich gegengesteuert.

Dies wirkt aus heutiger Sicht umso unverständlicher, da nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ die Kriminalität in Europa explodierte und sich bis zum heutigen Tage so speziell und konsequent darstellt, dass mit „Alltags- und Bordmitteln“ einer generalistisch ausgebildeten Polizei in Richtung 2030 keine wirkliche Kriminalitätsbekämpfung mehr möglich sein wird.

Anrede

So stehen wir nun im Jahre 2013 vor der Frage, wie soll es weiter gehen??

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter will deutlich machen, dass es zwingend erforderlich ist, für die kommenden Generationen auch eine effektive und effiziente Kriminalpolizei zu haben, die zusammen mit der auch immer spezieller werdenden Schutzpolizei das Sicherheitskorsett in unserem Staat aufrecht hält und fortschreibt.

Die Antwort kann und darf künftig auch nicht mehr eine generalistische Gesamtbildung für angehende Kriminalistinnen und Kriminalisten, Schutzpolizistinnen und Schutzpolizisten sein, sondern es ist ein geschlossenes Berufsbild gefordert, welches als Richtschnur für die Aus- und Fortbildung der nächsten Generationen der niedersächsischen Kriminalpolizei dienen soll. Hier zunächst die Grundlagen gemeinsam zu vermitteln, ist sicherlich sinnvoll, dann aber sollte für eine bestimmte Anzahl an Studentinnen und Studentinnen der weitere duale Studiengang spezifisch erfolgen.

Mit der Umorganisation 2004 der niedersächsischen Polizei und der Stärkung in der Kriminalitätsbekämpfung bei gleichzeitiger Straffung der Organisation, hatte die letzte niedersächsische Landesregierung einen ersten richtigen Schritt getan.

Leider ist die Straffung mittlerweile dahin, Stäbe quellen mit „geborgtem Personalentwicklungspersonal“ über und in den ZKDen fehlen immer noch die händierend benötigten Sachbearbeiter für Kriminalitätsbekämpfung und –verfolgung bei der jeweiligen Leiterin oder dem Leiter.

Auch das empfinden wir mittlerweile als Ignoranz. Während im Einsatzbereich in den großen Inspektionen mittlerweile zwei bis drei Sachbearbeiterinnen oder Sachbearbeiter dem jeweiligen Leiter Einsatz zuarbeiten, fehlt es beim Leiter ZKD immer noch an der dargelegten entsprechenden Personalzuweisung. Also wird mal wieder gemogelt, ein Sachbearbeiter aus den Kommissariaten wird heimlich abkommandiert und macht die Zu- und Vorarbeit.

Allerdings ohne Dienstposten-Bewertung. Hier muss dringend etwas geändert werden Herr Minister.

Zudem sind ZKD Verantwortliche innerhalb der Organisation ein „lazy duck“, da die zumeist recht großen Einheiten weder den Dienststellenstatus haben, noch sie selbst in der Regel als Zweitbeurteiler für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fungieren.

Dies ist gerade im Hinblick auf die Beurteilungsverfahren ein Umstand der in der Kolleginnen- und Kollegenschaft der ZKD Angehörigen überhaupt nicht verstanden wird.

Auch muss besoldungstechnisch diese Stelle an den Einsatzbereich angeglichen sein (A11 - A12).

Wir haben uns mit berechtigter Kritik an den Strukturen und Inhalten der Aus- und Fortbildung gerade bei den Überwechslern vom ESD in die ermittelnden Bereiche schon vor Jahren auch an die Vorgängerregierung gewandt. Wie immer wurde der BDK zur „persona non grata“ erklärt, da uns unterstellt wurde, die Spaltung der Polizei voranzutreiben und als ewig gestrige sich der Zukunft zu verweigern. Das hat mit Spalterei und Eigenbrödelei aber überhaupt nichts zu tun. Die Einheitliche Führung stellen wir nicht in Frage, sie hat sich bewährt. Nur müssen dort auch Spezialistinnen und Spezialisten tätig sein können, wo Spezialistinnen und Spezialisten gebraucht werden.

Und das muss auch Folgen für das Besoldungs- und Beförderungsgefüge innerhalb der ermittelnden Bereiche haben. Ansonsten sterben wir fachlich weiter aus.

Hier sehr geehrter Herr Minister Pistorius wäre jetzt nach unserem Dafürhalten erneut anzusetzen. Alles andere ist Stückwerk und schon lange nicht mehr zeitgemäß.

Es muss daher Schluss sein mit der ewigen Querverwendung von ausgebildeten Kriminalistinnen und Kriminalisten. Welchen Sinn macht eine Unternehmenspolitik, wenn sie ganze Fachabteilungen dadurch lahmlegt, dass sie diese für vollkommen andere Bereiche an den Wochenenden zur Verfügung stellt und deren eigentliche Arbeit dabei liegen bleibt.

Derzeit „**PE-en**“ wir uns zu Tode (so lautet die Verhohnepiepelung dieser Maßnahmen in der Kollegenschaft). Der Nutzen ist häufig gleich Null und unsere Kolleginnen und Kollegen arbeiten ihre Zeiten eigentlich nur ab, um sich später überhaupt mit Aussicht für höherwertige Positionen bewerben zu können. Das PE-Modell wurde wie ein Korsett über die gesamte Polizei gestülpt, egal, ob es hier und da passt.

Worin, so fragen wir uns, liegt da der tiefere Sinn?

Solche Unternehmen wären in der freien Wirtschaft in kürzester Zeit pleite und vom Markt.

Und dennoch wird dies in unserer Organisation gemacht.

Zudem stehen Hunderte von Kolleginnen und Kollegen mittlerweile in den Stadien des Landes und unterstützen eine notorisch personell unterbesetzte Bereitschaftspolizei. Des weiteren werden zur Ergänzung der Einsatzhundertschaften viele Kolleginnen und Kollegen an den Wochenende in die Wachen der Polizeikommissariate abkommandiert.

Dadurch entstehen zusätzliche Überstunden, die eigentliche Ermittlungsarbeit bleibt liegen; der Vorgangsdruck nimmt zu.

Niemand käme doch wohl auf die Idee, die Boote der Wasserschutzpolizei tageweise im Hafen liegen zu lassen, damit die Kolleginnen und Kollegen die Einsatzhundertschaften oder die Wachen im ESD verstärken????

Nein, das wird nur der Kripo in den KED und ZKD zugemutet.

Und was sind die Folgen???

Junge Kolleginnen und Kollegen sind weniger bereit, frühzeitig oder gar nicht den Wechsel in die Kripo anzutreten. So überaltert der derzeitige Personalkörper der Kripo erneut.

Die Ankündigungen über die Streichung der 50 Direktzuweisungen aus der Akademie sind daher kontraproduktiv und führen zu einem erneuten Ausbluten der Kripo. Es hat doch in der Vergangenheit bewiesenermaßen nicht funktioniert. Ich frage mich daher, sind Schichtstärken im ESD und die damit verbundene maßgebliche Präsenz wichtiger, als fundierte Ermittlungsarbeit?

Welch ein Signal an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den KEDs und ZKDen.

Herr Minister, hier sehen wir akuten Handlungsbedarf, sollte das Thema Innere Sicherheit nicht zu einer Farce verkommen.

Lassen Sie mich dazu noch eine Anmerkung zur Gesamtsituation der kriminalistischen Arbeit machen.

Wesentliches Handwerkzeug einer Kriminalistin und eines Kriminalisten sind neben einer fundierten und fachlich anspruchsvollen Aus- und Fortbildung kriminaltechnische Möglichkeiten und Methoden, die uns in Ergänzung der Kriminalistik in die Lage versetzen, Straftäter zu identifizieren und der Justiz zuzuführen.

Aber lassen Sie mich kurz einmal wieder die Realität streifen:

So schreibt die WELT in einem Leitartikel am 16. Mai des vergangenen Monats unter der Überschrift:

„Wir sind den Einbruch satt“,

dass,

ich zitiere einmal,

„ der, der im Sommer bestohlen wird, und im Winter auf ungeräumten Wegen stürzt, sich nicht beschützt fühlt“.

Nun sind wir der Bund Deutscher Kriminalbeamtinnen und –beamten, - ich betone die Einbeziehung beider Geschlechter ausdrücklich-, und nicht der Bund der Steuerzahler.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, im Ergebnis läuft es dennoch auf das Gleiche heraus. Der Staat zieht sich zurück.

Der Dumme ist mal wieder der „Ottonormalverbraucher“, der sich weder einen Winterdienst, noch einen privaten Security leisten kann.

Aber hier geht es nicht nur um eine monetäre Frage, sondern, wir haben es in der Kriminalitätsbekämpfung mit einem Phänomen besonderer Art zu tun.

Niemand käme auf die Idee, den Winterdienst, der mit technisch anspruchsvollen Spezialfahrzeugen ausgerüstet ist und dessen Personal mittlerweile wesentliche

Kenntnissen im Bereich der Umwelttechnik haben muss, mit angelernten und sehr oberflächlich ausgebildetem Personal zu versehen.

Und genau das geschieht landauf-landab mit der Kripo an vielen Orten in Niedersachsen.

Ausgedünnt, zum Teil nicht einmal ausgebildet oder im Alltagsgeschäft für jeden Zweck abrufbar, ist die Kriminalpolizei in den vergangenen 20 Jahren auf den absterbenden Ast gesetzt worden.

Ohne gut ausgebildeten Nachwuchs sind wir künftig nicht mehr in der Lage, den Anspruch des Staates und damit seiner Bürger auf Einhaltung und Korrektur des Rechtsfriedens zu gewährleisten.

Prävention ist ja ganz schön und gut. Zu einer Prävention gehört aber auch, dass man Täter ermittelt und die Justiz die erforderlichen Strafen ausspricht. Bei mir in Braunschweig wird nur so die örtliche Einbrecherszene häufig neutralisiert. Das kostet aber Zeit und gut geschultes und vor allem engagiertes Personal, sowie ein individuelles örtliches Konzept unter Einbeziehung einer geschulten Gruppe innerhalb des Einbruchdezernates, die sich auch mit den Hehlerwaren in An- und Verkaufsgeschäften sowie bei E-Bay befasst und so häufig über das Diebesgut an die Täter gelangt.

Wenn man dann in dem gleichen Artikel in der WELT aber zu lesen bekommt, dass die große Polizeigewerkschaft vorschlägt, dass der Bürger steuerliche Anreize erhalten solle, wenn er sein Eigentum schützt, dann fasse ich mir ehrlich gesagt an den Kopf.

Das nenne ich den Kniefall vor der Kriminalität, den teilweisen Ausverkauf des Rechtsstaates auf der Reise nach Absurdistan.

Was machen eigentlich diejenigen, die nicht in der Lage sind, hochwirksame Sicherheitssysteme an ihren Wohnungen oder Häusern anzubringen?

Welch eine Geisteshaltung oder welche Ignoranz der Realität stecken hinter so einem Vorschlag? Wissen diese „Experten“ eigentlich, dass eben nicht in die Villen der Millionäre eingestiegen wird, nicht der Ferrari oder der 911er verschwindet, sondern die Opfer in ganz normalen Mehrfamilienhäusern wohnen, oder kleine Eigenheimbesitzer sind und vor der Tür oder in der Garage ein ganz normaler Toyota, Fiat, BMW, VW oder Opel steht.

Ganz zu schweigen von den Millionen „Laubenpiepern“, die sich ihr kleines Glück mit den wenigen Geldmitteln in den vielen Gartenvereinen landauf-landab ermöglicht haben und dann nach dem Einbruch mit zumeist verbundenem Vandalismus vor den Scherben ihrer Bemühungen stehen und häufig finanziell nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft die Schäden wieder zu begleichen, da sich die Versicherungswirtschaft ob der explodierenden Zahlen aus diesem „Geschäftsbereich“ entweder zurückzieht oder die Policen so verteuert hat, dass man mit einem kleinen Einkommen hier an die Grenze des Machbaren stößt.

Und hinterher werden noch nicht einmal die Täter ermittelt, weil vielfach ja keiner da ist, der das fachlich fundiert auch machen könnte.

Mittlerweile werden Einbrüche in unserer Gesellschaft politisch zwar als lästig empfunden, aber jeder Falschparker oder Geschwindigkeitsübertreter wird mit der vollen Härte des Staates erfasst und bestraft.

Der Einbrecher kommt in der Regel ungeschoren davon.

Mittlerweile sind jede Bundesautobahn, jede Landstraße und viele Kreuzungen in den Städten aber mit einem Blitzgerät ausgerüstet.

In den Büros der ehemaligen Kripo herrscht dagegen Personalschwund, insbesondere was den Zugang wirklich junger Kolleginnen und Kollegen betrifft.

Dennoch ist die Politik immer noch nicht in der Lage, dem BDK zuzuhören, der seit Jahren die fundierte und zielgerichtete Ausbildung des Ermittlungsnachwuchses einfordert.

Leider hören viele Politiker aber da dann auf diejenigen, die von der täglichen Kriminalitätsbekämpfung soweit entfernt sind, wie wir heute in Soltau vom Landeplatz von Apollo 11 auf dem Mond.

In meinem Inneren bin ich dennoch der Auffassung, dass hier bei politisch Verantwortlichen so langsam aber sicher Unsicherheit auftritt.

Aber getreu dem Motto: „Ich sehe das Bessere und heiße es gut, dem Schlechteren folge ich“, werden alle Veränderungsprozesse von vornherein im Keim erstickt.

Warum, so frage ich mich, werden wir immer noch nicht von manchen Politikern gehört, wenn gleich die Zahlen der PKS wie von uns prophezeit immer mehr in den Keller gehen?

Wie heißt es dazu in Goethes Faust: „ der Casus macht mich lachen“.

Das habe ich auch als ich las, mit welchen Begründungen derzeit die rapide sinkenden Aufklärungszahlen beim schweren Diebstahl in der Bundesrepublik von den politisch Verantwortlichen erläutert werden.

Aber anstatt mal ehrlich und ergebnisoffen zu hinterfragen, warum die AQ im schweren Diebstahl mittlerweile bei kümmerlichen 16 % angekommen ist, wird auf einmal die PKS in Frage gestellt, die natürlich kein Spiegelbild der Kriminalitätsentwicklung ist und es nie war.

Nein, meine Damen und Herren, das ist die PKS wirklich nicht. Sie ist kein verlässlicher Spiegel der Kriminalität. Da stimmen wir mal zu!

Alle wussten es, haben sich dennoch mit den geschönten Zahlen geschmückt und verdammen sie jetzt als Teufelswerk, da sie für Hurrmeldungen nicht mehr geeignet scheint und investigative Journalisten endlich gelernt haben, die kriminalpolizeiliche Statistik richtig zu interpretieren und unangenehme Fragen stellen.

Daher fordern wir schon seit Jahren die Opferstatistik ein und sehen uns auch hier in Übereinstimmung mit dem Präsidenten des BKA.

Aber sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dann wird sich die Politik wirklich wundern, da hier auch die Statistikmogeleyen sofort auffliegen und wir in einigen Bereichen Kriminalitätsanstiege zu verzeichnen haben. Das wird dann zu großer Ratlosigkeit und vielen Fragen beim Volk und den Journalisten führen.

Mit 16 % AQ im schweren Diebstahl und in Berlin sogar bei nur knapp 7 % müsste der betriebswirtschaftliche Rat an die politisch verantwortlichen Innenminister eigentlich zur Zeit heißen:

„Lösen Sie die Polizei in diesem Bereich auf, sie erzielt hier keinerlei Wirkung mehr“

Aber auch dazu gab es neulich im gleichen Artikel in der WELT den „Rat“ einer Polizeigewerkschaft, die die Politik wie folgt zu animieren versucht. Die Zauberformel ist mal wieder mehr vom Selben und heißt:

„Erhöhung der polizeilichen Präsenz“.

Welch ein fataler Irrtum und bodenloser teurer Unfug. Es ist mittlerweile sogar empirisch belegt, dass Präsenz im Bereich der Eigentumskriminalität überhaupt nichts bringt, es sei denn alle Straßen werden Tag und Nacht mit Polizei verpostet. Die Täter warten derzeit einfach ab, bis der Streifenwagen vorübergezogen ist und brechen dann ein.

Das ist kein Märchen, das sind kriminalpolizeiliche Erkenntnisse aus Ermittlungen und Aussagen von Tatverdächtigen.

Also, weiterhin die Karte spielen: Präsenz und mehr Polizei???

Nein sagen wir, es gibt genug Polizei, nur an der falschen Stelle und mit der falschen Aufgabe.

Wir sagen damit auch nein zu solch für den Steuerzahler teurem Unsinn und fordern abgestimmte Konzepte und fachlich versierte Ermittlerinnen und Ermittler ein, um den Straftätern auf die Spur zu kommen.

Dass die dann auch anständig zu bezahlen sind, steht außer Frage. Die unsägliche Diskussion um den sogenannten 11er Erlass ist doch auch nur eine Folge unabgestimmter und unausgeglichener Stellenplanungen der letzten 20 Jahre. Ich darf mal daran erinnern, dass mit Einführung der zweigeteilten Laufbahn, die für die Polizei schon lange überfällig war, zwar massenweise Dienstposten – vorzugsweise im Bereich A 12 und A 13 verteilt wurden, es aber versäumt worden ist, hier entsprechende Planstellen bereitzuhalten. So warteten Kolleginnen und Kollegen im Bereich A 12 mitunter fast 10 Jahre auf die Beförderung und dann angemessene Bezahlung.

Mit der Einheit von Dienstposten und Planstelle konnte diese Lücke endlich geschlossen werden.

Auch für den Bereich A 11 war es zwingend notwendig, nachvollziehbare Regelungen einzuführen. Leider konnte die angestrebte Zahl von insgesamt knapp 3100 Planstellen bislang nicht realisiert werden.

Wenn nunmehr angekündigt wird, diese Regelung fallen zu lassen, so soll dies unseren Segen haben, sofern dann gewährleistet wird, dass jeder Sachbearbeiter und jede Sachbearbeiterin ohne beamtenrechtliche Hindernisse auch bis zur Pensionierung wirklich nach A 11 besoldet wird.

Das löst aber das Gesamtproblem nicht und ich weiß auch nicht, wie Finanzminister Schneider das sieht. Denn da kommen Millionen auf den Steuerzahler zu.

Aber, die größte Ungerechtigkeit ist die Gleichmacherei.

Wir fordern daher ein, die Zahl der 12er und 13er Dienstposten für spezielle Ermittlungsbereiche ohne Personalverantwortung bei Wegfall des 11er Erlasses drastisch zu erhöhen.

Niemand wird bei einer „Gießkannenbesoldung“ nach A 11 noch Verantwortung übernehmen, geschweige denn sich auf jahrelange komplexe Fortbildungsmaßnahmen sowie unschöne „Arbeitsbedingungen“ einlassen, wenn hier nicht finanzielle Anreize bestehen.

Warum soll man sich tagelang kinderpornografisches Material zur Auswertung ansehen wollen, verwesenden Leichen in Wohnungen beschauen, tonnenweise Akten im Bereich der Wirtschaftskriminalität beackern, missbrauchte Kinder und Frauen vernehmen, damit also den „Müll dieser Gesellschaft“ aufarbeiten, wenn es denn dann für das gleiche Geld auch ganz anders geht??

Hier Herr Minister liegt der „Hase dann im Pfeffer“.

Wir sind also als BDK immer dabei, wenn es heißt, A 11 für alle. Aber dann müssen für speziell zu beschreibende Tätigkeiten, und das gilt auch für den Bereich der Schutz- und Wasserschutzpolizei, entsprechende höherwertige Dienstposten und Planstellen vorhanden sein.

Und was die Gehaltsstrukturen angeht erwarten wir, dass der Tarifvertrag für 2013 und 2014 1:1 übernommen wird. Keine Trickereien mehr. Niedersachsen war an den Tarifverhandlungen beteiligt und hat zugestimmt. Jetzt den Beamtinnen und Beamten in Gänze die gesamte Erhöhung für die 2 Jahre möglicherweise wie in NRW oder SH verweigern zu wollen, wird auf unseren erbitterten Widerstand stoßen. Wir Beamtinnen und Beamte sind in der Vergangenheit schon oft genug für Haushaltssanierungen in die Verantwortung genommen worden.

Nur so kommen wir auf einen Nenner, oder sagen wir mal, auf die richtige Spur.

Stichwort Spur und der Umgang mit Kritik:

Befragt man heutzutage junge Kolleginnen und Kollegen zum Thema Spurensuche und nimmt das Wort Heuristik in den Mund, kann es einem passieren, dass hier eine spezielle Spurensuche in einem Kuhstall vermutet wird.

Mit dem Wegfall der auf Spurensuche und Tatortarbeit spezialisierten Kriminaldauerdienste und der Einführung der sogenannten TOG ist insgesamt die Qualität der Tatortarbeit gesunken.

Von den zur Zeit immer noch bestehenden Wartezeiten der Auswertung von DNA-Tatortspuren will ich gar nicht reden.

Auch wenn hier Kostengründe ins Feld geführt werden, ist es aus kriminalistischer Sicht ein Schildbürgerstreich eine Bewertung von Spuren ob ihrer Gewichtigkeit vorzunehmen, um danach mehr als die Hälfte auszusortieren und unbearbeitet zu lassen.

Mir sind allein bei uns zwei konkrete Fälle bekannt, wo die Auswertung einer Spur auf DNA nach Monaten dazu geführt hat, Kapitaldelikte zu klären. Diese Spuren würden nach der heutigen Erlasslage gar nicht mehr ausgewertet.

Also resümiere ich, es gibt ein kriminalistisches System, welches Täter überführen kann, aber aus Kostengründen wird es nur bruchstückhaft genutzt.

Und das Märchen vom Täter und der Perseveranz ist mittlerweile ausgeträumt.

Heute sind es die Gartenlaube und der Zigarettenautomat, morgen der Handtaschenraub und übermorgen der Überfall auf eine Tankstelle.

In einer Evaluation der Polizeireform 2004 im Jahre 2008 wurde dieser Umstand seinerzeit belegt und es entstand die Forderung nach einem Gegensteuern. Leider wurde diese Erkenntnis insgesamt im Abschlussbericht unterschlagen und nicht aufgenommen.

Ganz im Gegenteil. In einem Fernsehbericht des NDR wurden Richterbund und BDK im Februar 2013 dafür gescholten, dass sie hier mehr Qualität einforderten und auf Missstände in der Tatortarbeit sowie der Ermittlungsführung hinwiesen. Dass die Basis hierfür auch ein Bericht aus einer der Polizeidirektionen des Landes war, in welcher festgestellt wurde, dass Spurenbild und Tatortbericht häufig nicht übereinstimmen, wurde geflissentlich übersehen und die Kritiker wurden beschimpft und niedergebrüllt.

Selbst die schärfsten Kritiker und ausgewiesene Intimfeinde der damaligen Landespolitik und des Ministers Schünemann fanden den Schulterchluss zum LPPBK und sprachen von „Nestbeschmutzern“.

Allzu eifertig unterstellte man dem NDR, dem Richterbund und dem BDK, sie wollten die ermittelnden Beamtinnen und Beamten und damit die gesamte niedersächsischen Polizei schlecht machen.

Welch ein bössartiger Unsinn. Niemand will das. Am wenigsten wir als Berufsverband der Kriminalpolizei. Wir wollen nur einen Umdenkungsprozess und nicht ein munteres „Weiter so“.

Denn mit dem „Weiter so“ schaden wir mittelfristig dem Rechtsfrieden und den zum Teil vollkommen überforderten Kolleginnen und Kollegen.

Hierum geht es Herr Minister Pistorius und um nichts anderes.

Denn was geschah bisher in der Sache selbst danach??

Nichts bislang!!!!

Es ist also Handlungsbedarf angezeigt, der sich nicht auf einige interne Zirkel unter Leitung einer bestimmten ideologischen Richtung beschränken darf.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme nun zum Schluss, wenn gleich es noch viel zu sagen gäbe.

Der BDK erwartet von der Politik, dass man ihm zuhört und ihn nicht einfach wegzudrücken versucht, was ohnehin nicht gelingen kann.

Herr Minister Pistorius, nehmen Sie Ihr an uns ausgesprochenes Angebot zum Gespräch mit allen drei Gewerkschaften auch tatsächlich wahr. Derzeit lese ich leider nur, dass hier vorweg bereits Gespräche ohne BDK und DPoIG geführt werden.

Auch wenn nicht alles stimmen wird, was da so verbreitet worden ist, so entstehen bei uns dennoch viele Fragezeichen, die nur durch zeitgerechte und offene Gespräche miteinander ausgeräumt werden können.

Wir als BDK sind parteipolitisch ungebunden und keiner Dachorganisation unterworfen.

Unsere Interessen gelten insbesondere der fachlich fundierten Bekämpfung der Kriminalität und der angemessenen Besoldung und Versorgung unserer Kolleginnen und Kollegen.

Und dafür werden wir auch künftig unsere Stimme erheben!!!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit